

Berlinische Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Entente gegen das Kabinett Friedrich.

Die ungarische Politik Deutsch-Oesterreichs.

Plan einer Militärdiktatur.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

kl Wien, 30. August.

Von einer über die Lage in Ungarn gewöhnlich zuverlässig informierten Seite wird gemeldet, daß heute in Wien der Sozialistenführer Garatti, der Führer der ehemaligen Eisapartei, Graf Bethlen, sowie eine Reihe anderer maßgebender Politiker aus Budapest zu Verhandlungen mit den Wiener Entente-Delegationen eintrafen. Von dem Ergebnis dieser Besprechungen werden die nächsten Maßnahmen der Entente gegenüber Ungarn abhängen. Für die Entente dürfte dabei richtunggebend sein, daß Friedrich nur eine Clique vertritt und seine Herrschaft über die Bevölkerung mißbraucht, indem er eine Klasse gegen die andere verhetzt, ganz abgesehen davon, daß das Auftreten Friedrichs als Mißachtung der Entente aufgefaßt werden müsse. Selbst der Umstand, daß Friedrich von Rumänen und auch von General Franchet d'Esperey, also von der französischen Militärpartei, begünstigt wird, werden den Obersten Rat in Paris nicht davon abhalten einzuschreiten, um so mehr, als die Entente gegenüber Ungarn einmal den Weg der Intervention betreten und insolge dessen einen Teil der Verantwortlichkeit für die zukünftige Gestaltung der Dinge in Ungarn auf sich genommen hat. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Entente gegenüber Ungarn dieselbe Haltung beobachten wird, die sie in der Türkei eingenommen hat, wo sie mit der Begründung, daß die türkische Regierung unfähig sei, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, eine Militärdiktatur errichtete.

Soweit die Mitteilungen des Gewährsmannes, die bereits eine Bestätigung erfahren durch die heutigen Budapest-Berichte der

Wiener Blätter. Der „Neue Tag“ meldet, ein Budapest-Gericht besage, die Entente werde heute eine Diktatur über Ungarn verhängen, und als Diktator sei der englische General Gordon ausgerufen. Ferner werde die Entente die bereits aufgehobene Blockade über Ungarn wieder verhängen. Der Budapest-Sonderberichterstatter des „Neuen Wiener Tagblattes“ meldet, man erzähle sich in Budapest politischen Kreisen, daß die Entente gestern dem Ministerpräsidenten Friedrich ein bis 8 Uhr abends befristetes Ultimatum gestellt habe, daß er erfüllen müsse, widrigenfalls er interniert werde. Allerdings steht dazu im Gegensatz eine Erklärung Friedrichs, daß er nur der Waffengewalt weichen werde. Anscheinend will er sich für seinen Weggang den Ruhm eines nationalen Märtyrers schaffen. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest, daß man im Hinblick auf den vom oppositionellen Block der Sozialdemokratischen Partei, der Partei der kleinen Landwirte und der Demokratischen Partei bei der Entente eingebrachten Protest gegen das Verbleiben Friedrichs glaubt, die Entente werde die Entwertung möglichst rasch herbeiführen. Man hofft, daß die Entente den Protest des oppositionellen Blocks dahin beantworten werde, daß sie einem aus der Mitte dieses Blocks gebildeten Kabinetts die Anerkennung zustuern und den Rücktritt des Kabinetts Friedrich fordern wird.

Daß übrigens die Wiedereinsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht ganz hemmungsfrei vor sich geht, beweist ein Telegramm der „Neuen Freien Presse“ aus Budapest, wonach die beiden Großgrundbesitzer Dosaegit-Freund und Graner, die ihre am Plattensee gelegenen, von den Bolschewisten enteigneten Güter wieder übernehmen wollten, von den Bauern, welche die Wiedereinsetzung der früheren Gutsbesitzer nicht dulden wollten, unter den grausamsten Martern aufgehängt wurden.

Von
Karl Lahn,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Ausschnitt, Ende August.

Gelreu seiner neuen Taktik, sich den Ententeversprechungen Deutsch-Oesterreich lebensfähig erhalten zu wollen, völlig außertrauen und jedenfalls aus dem Anschlußverbot herauszuholen, was sich an Vorteilen für den kleinen brüchigen Neustaat herauszuholen läßt, hat Staatskanzler Dr. Renner in Saint-Germain eine überraschende Offensive gegen Ungarn begonnen. Die Friedensbedingungen des Finanzrats hatten ein reiches Danaergeschenk enthalten: um über den Verlust Deutsch-Oesterreichs, Südtirols und Südtirolens hinwegzutäuschen, wurde „Oesterreich“ ein Teil der drei westungarischen Komitate zugesprochen. „Rechtliche Freigebigkeit“ als solche faßte man in Wien den Zuspruch auf, und die Friedensdelegation in Saint-Germain entwarf, nach Otto Bauer Zeitgedanken, eine schöne Antwortnote, in der es hieß, daß man so viel nicht verlange und daß man nur das Selbstbestimmungsrecht für die westungarischen Deutschen wünsche. Die Frage mußte gütlich gelöst werden, ohne sich in eine, auf mancher Ententesseite vielleicht erhoffte Dauerfeindschaft mit Ungarn hineintreiben zu lassen.

Otto Bauer ist vom Ballplatz gestiegen. Die Note, die Staatskanzler Dr. Renner jetzt als verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik, ganz im Gegensatz zur ersten westungarischen Denkschrift an den Finanzrat richtete, dazu der flammende Aufruf des Hauptauschusses der Nationalversammlung an die Deutschen Westungarns, werden auf die zukünftigen Beziehungen zwischen Wien und Budapest keinen günstigen Einfluß ausüben. Hier beginnt eine ganz selbständige deutschösterreichische Politik, die nicht bloß die deutsche Blatte kann. In der „Vossischen Zeitung“ ist wiederholt und dringend darauf gewarnt worden, gerade in der jetzigen entscheidenden Zeit die deutsche Vertretung in Wien sozusagen in der Luft hängen zu lassen; oder man hat es in Weimar für den Gipfel staatsmännischer Klugheit befunden, auf eine Wiener Anregung hin die Frage unserer Gesandtenernennung einige Wochen ganz ruhen zu lassen und erst einmal den Friedensschluß in Saint-Germain abzuwarten! Was jetzt in einer von der deutschen völlig losgelassenen deutschösterreichischen Politik — die auch in Wien bereits ernste Bedenken hervorruft — gegenüber Ungarn angebracht wird, lastet als Hypothek auf der gesamtdeutschen Zukunft.

Sachlich kann es gewiß für keinen Deutschen in der westungarischen Angelegenheit eine Meinungsverschiedenheit geben. Das Heil liegt auf der Hand und muß seine Freiheit erlangen; es ist deutsch und soll in unbehandelter, unverfälschter Abstrimung sagen, wobei es geschehen will. Nur in der Form hat der sonst so kluge Staatskanzler Dr. Renner sich unserm Ernsten verweigert; er hat eine ganz unnötige Bitterkeit in die Diskussion hineingebracht, und die drei Präsidenten der Nationalversammlung, die für den Hauptauschuß den Aufruf an die Westungarn unterzeichneten, Seitz, der Sozialdemokrat, Jaufner, der Christlichsozialer, und Dinghofer, der Großdeutsche, verfielen in denselben Fehler, wenn auch weniger stark. Das Dr. Renner zu seinem Ausrufeschlüssel führte, ist ja begreiflich. Er hat sich gesagt, daß die neue ungarische Regierung unter einem Erzherzog nicht einwilligen werde. Westungarn hat das Selbstbestimmungsrecht zu geben, während eine sozialistische-demokratische Regierung, die man nach Bela Kuhons Rücktritt in Budapest erwartete, sich der freien Bestimmung nicht hätte widersetzen können. Schon meldete man aus dem Eisenburger Komitat das Erscheinen weniger Soldaten, d. h. jener reaktionären Offiziersformationen, die von Szegedin aus die Schilderhebung des Erzherzogs Joseph vorbereitet hatten. Gar zu zahlreich sind die „Szegediner“, nicht; sie haben, trotz der Anwesenheit der Rumänen, in Budapest genug zu tun, um den Reichswehrminister auf dem noch halbverhängten Thronchen hochzuhalten, von dem her die Arbeiterschaft mit dem Elbogen heranzugreifen würde. Also kann das schwache Deutschösterreich sich gegenwärtig für fähig halten, mit seinen Sicherheitsorganen vorzugehen. Dr. Renner hat in Saint-Germain um die Geliebten dieses Einmarsches. Dagegen ließe sich noch immer nichts erwenden, weil es nicht unbedingt feststeht, daß die Entente mit bewaffneter Hand ungarische Truppen aus Westungarn verdrängen würde, während sie wohl bereit wäre, ein paar Bataillone als neutrale Überwachung für die Volksbestimmung zu entsenden.

Der Fehler, der große Fehler lag darin, daß der alte österreichische Groll über die ungarische Kriegspolitik, die wirtschaftliche Absperrung usw. diesmal zum Durchbruch kam und daß über die „chavinskische Brutalität“, die „beispiellose Unterdrückung“ und anderes mehr den Ungarn Dinge gesagt wurden, die sie in ihrer Gesamtheit den deutschösterreichischen Republikanern so bald nicht vergessen werden. Die große Mühe lag darin auch Dr. Renner in einem dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ in Saint-Germain anvertrauten Interview gab, den Ein-

Die Heimkehr der Gefangenen.

Drahtmeldung.

Versailles, 30. August. (W. Z. B.)

Die interalliierte Kommission zur Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen hat vormittags im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ihre erste Sitzung abgehalten. Frankreich ist in dieser Kommission vertreten durch Oberst Jouin und Herrin Alphand.

Von zuständiger Stelle wird an die Nachricht über die bevorstehende Heimführung der Kriegsgefangenen ein Kommentar geknüpft, worin zunächst mit Recht betont wird, daß der sofortige Beginn der Vorarbeiten für die Rückführung der Gefangenen noch nicht den Beginn des Abtransportes selbst bedeutet. Dieser wird vielmehr aus rein technischen Gründen immerhin noch eine, wenn auch hoffentlich kurze Zeit auf sich warten lassen. Mit einigem guten Willen konnte man diese Tatsache aus der in der „Vossischen Zeitung“ zuerst erschienenen Meldung genau so entnehmen wie aus der inhaltlich völlig gleichartigen Mitteilung der Alliierten.

Die deutsche Auslassung spricht dann von der „weniger erfreulichen Bestimmung des Obersten Rates“, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungskommission erst teil nehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Diese Wendung erweckt den unberechtigten Anschein, als ob der deutsche Vertreter erst nach der Ratifikation des gesamten Friedensvertrages in Funktion treten könnte. Zunächst ist falsch zitiert worden, denn in der Veröffentlichung der Alliierten heißt es: „Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.“ Unmittelbar vorher aber heißt es: „... den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft.“ Die Beziehung zwischen diesen beiden Sätzen ist ganz klar. Es handelt sich um das vorgedachte Inkrafttreten des hierhergehörigen Teiles des Vertrages, und der Zeitpunkt dafür ist durch das Wort „soweit“ genügend definiert. Außerdem ist es ganz selbstverständlich, daß die alliierte Kommission für die Rückführung der Gefangenen ohne deutsche Hilfe gar nicht arbeiten kann.

Es ist sehr unerquicklich, zu sehen, wie in einem Teil der deutschen Presse auch dieser Akt unzweifelhafter Loyalität von gegnerischer Seite angezweifelt oder zu sinnlosen Ausfällen benutzt wird. Diese Taktik, jede Spur eines Entgegenkommens vor der Öffentlichkeit sofort zu diskreditieren, schießt jede weitere Annäherung von vornherein aus. Es ist keine Rede davon, daß irgend wer in Deutschland jetzt sich vor Dankbarkeit über eine zuteil gewordene Gnade nicht zu lassen wüßte. Vielmehr handelt es sich um die Beantwortung der seit Monaten behandelten Streitfrage, ob einzelne gegnerische Staaten sich unter Umständen bereit finden lassen, waga und entgegenkommend zu handeln, oder ob

ihre sämtlichen Laten ausschließlich von Haß und bösem Willen diktiert sind. Die letzten Ereignisse, wohl das Kohlenabkommen wie der Beschluß über die Rückführung der Gefangenen, müssen als Beweise für die erste Annahme gelten und als solche auch nachdrücklich festgestellt werden.

Wir haben uns bisher bei Besprechung der bevorstehenden Rückführung der Gefangenen ausschließlich jeder Differenzierung zwischen den alliierten Regierungen in bezug auf ihre Initiative in dieser Angelegenheit enthalten, weil wir die Tatsache respektieren, daß ein gemeinsamer Beschluß der Alliierten vorliegt. Um so entschiedener sind aber nunmehr Versuche, wie der in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zurückzuweisen, die darauf hinauslaufen, grundlos den Anteil Frankreichs als der in der Gefangenenfrage meist beteiligten Macht an dem Entschluß der Alliierten zu schmälern. Das Blatt schreibt:

„Es war kein Geheimnis, daß der Widerstand in dieser Frage allein bei Frankreich zu suchen war; wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir den jetzigen Umschwung mit der Haltung der englischen Regierung, die aus der letzten Debatte über die deutschen Gefangenen im Unterhause und der vor mehreren Tagen von der britischen Befehlshaberbehörde im Rheinland den deutschen Militärstellen gemachten Mitteilung hervorgeht, in Verbindung bringen, ebenso aber auch mit der warmherzigen Fürsprache, die der Vorstand des internationalen Roten Kreuzes in Genf vor mehreren Tagen bei der Pariser Konferenz eingelegt hat.“

Dem gegenüber ist festzustellen, daß die unverantwortliche und verächtliche Dornwegnahme des Resultats der im Paris schwebenden Verhandlungen durch englische Offiziere kein Beweis für die Initiative Englands in der Gefangenenfrage ist, sondern nur dafür, daß man sich von englischer Seite bemüht hat, das Verdienst in dieser Sache für sich in Anspruch zu nehmen. Was nun über die von der „D. A. Z.“ erwähnte Debatte im englischen Unterhause beitrifft, so sei hier nur wiederholt, daß Lord George am 18. August, zehn Tage vor dem Pariser Beschluß, den Standpunkt der englischen Regierung ausdrücklich kundgegeben hat. Er sagte wörtlich: „Wir haben 400 000 Gefangene, die wir nicht zurückgeben können, bis der Friede ratifiziert ist. Wir können sie nicht zurückgeben, bis wir wissen, daß anderen Bedingungen entsprochen wird.“

Das vorliegende Beweismaterial ist also nicht geeignet, die Annahme zu rechtfertigen, daß die französische Regierung eines fremden Druckes bedurfte, um in der Gefangenenfrage die Gebote der Menschlichkeit über den geschriebenen Buchstaben des Friedensvertrages zu stellen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Frankreich die volle Erfüllung des Friedensvertrages abwartete, ehe es die Gefangenen herausgibt, denn das würde Jahrzehnte dauern, wohl aber macht es die Durchführung der Rückführung vernünftigerweise von der weiteren Bekämpfung des ehelichen Willens Deutschlands abhängig, seinen Pflichten gerecht zu werden. In diesem Sinne ist der oben erwähnte halbamtliche Auslassung durchaus beizupflichten, wenn sie den Widerauswurf der deutschen Propagandakonstruktion als ein wesentliches Mittel betrachten, um das Entgegenkommen Frankreichs gegenüber Deutschland zu sichern.

A. B.